

Launus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Hornauer Anzeiger | Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn | Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitspalte 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitspalte im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

26

Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Bellagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Akademie: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 98 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Großes Hauptquartier, 25. Juni.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Das tagsüber mächtige Artilleriefeuere wurde am Abend in einzelnen Abschnitten lebhafter. Die Erkundungstätigkeit blieb rege. Südlich der Scarpe und auf dem westlichen Aare-Ufer machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuerwirkung griff der Feind mit mehreren Kompanien auf dem Nordufer der Aisne an. Im Gegenstoß wurde der Angriff abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Zahl der gestern früh von brandenburgischer und sächsischer Landwehr östlich von Vadonviller eingebrachten gefangenen Amerikaner und Franzosen hat sich auf mehr als 60 erhöht.

Leutnant Billik errang seinen 20. Lustsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

Hefige Kämpfe in Italien.

Bisher 50 000 Italiener gefangen.

Wien, 25. Juni. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Gestern war die Gebirgsfront zwischen Triest und der Piave wieder der Schauplatz heftiger Kämpfe. Der Feind hat alles auf, um die am 15. Juni verlorenen Höhenstellungen zurückzuerobern. Auf dem Monte de Val Bella, Col del Rosso, Asolone, Solarolo und Monte Pertica wurde der größte Teil des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall, an mehreren Stellen durch Gegenstöße zurückgeworfen. Die vorliegenden Meldungen schildern das über alles Lob erhabene Verhalten der an den Kämpfen beteiligten Infanterie und Artillerie und erwähnen besonders die Infanterieregimenter 9 (Galizisches), 53 (Kroaten), 114 (Ober- und Niederösterreich), 120 (Schlesier) und das 4. Kosnisch-Herzegowinische.

Im Montellogebiet und südlich davon fiel der Feind mit Patrouillen gegen die Piave vor. Im Raume von San Dona hatten die den Uferwechsel unserer Divisionen sichernden Deckungsgruppen in den letzten Tagen starke Angriffe abzuwehren. Unsere Bewegungen vermochten auch hier planmäßig und ohne Verlust an Kriegsgerät durchgeführt zu werden.

Seit dem 15. Juni blühte der Italiener über 50 000 Mann an Gefangene, darunter etwa 1100 Offiziere ein. Die Gesamtverluste des Feindes sind bei strenger Schätzung auf 150 000 Mann zu berechnen.

Der Chef des Generalstabes.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni. Am Bundesratssitz waren gestern der Reichskanzler, der Vizekanzler und die Staatssekretäre anwesend.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung über die Vereinbarung des Kesttenrates. Das Freibleiben der nächsten Tage vom Donnerstag ab geschieht nur, damit die Kommissionen ihre Arbeiten fertigstellen. Um aber das ganze Arbeitsprogramm erledigen zu können und zwar bis zum 12. Juli, ist es notwendig, daß sich die Redner eine gewisse Beschränkung auferlegen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Statutgesetz. Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen. Es folgt die zweite Lesung des

Statut des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes.

Es liegt der nationalliberale Antrag über die Reform des diplomatischen Dienstes vor.

Abg. Prinz Schönau-Carolath berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Kühlmann: Ein kurzes Bild über die Gesamtlage der Reichspolitik. Zunächst das Verhältnis zu unserem Bundesgenossen. Wenn uns etwas das Scheiden des Grafen Czernin, dieses glänzenden Staatsmannes, als nicht den Interessen

unseres engeren Verbandes schädlich hat erscheinen lassen, so ist es die Person seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährten Diplomaten, dessen treue Freundschaft und Anhänglichkeit an das Bündnis von vornherein über allen Zweifel erhaben gewesen ist. (Beifall.) Unter der neuen Ministerschaft hat die Kaiserentreue stattgefunden, ein Akt, den die Geschichte als bedeutungsvoll vorausichtlich buchen wird. Die beiden Kaiser haben sich in feierlicher Weise aufs Neue verpflichtet, daß sie nicht nur das bestehende Bündnis in Treue halten, sondern es auch erweitern und vertiefen wollen. (Beifall.) Den Meinungen der beiden Kaiser folgend, sind die Staatsmänner beider Staaten sofort in Verhandlungen eingetreten.

In Bulgarien

ist, was wir alle wohl bedauert haben, der hochverehrte Altmeister bulgarischer Politik, Radoslawow, der immer eine Seele des Bündnisses war, aus innerpolitischen Gründen vom Ministerium zurückgetreten. Die bündigsten Versicherungen seines Nachfolgers und die erhabene Persönlichkeit des großen Staatsmannes, der die bulgarische Krone trägt, sind für uns die sicherste Gewähr, daß der Personenwechsel kein Abweichen von der bisherigen Politik bedeutet.

In der Türkei

sind innere Veränderungen nicht vor sich gegangen. Ganz selbstverständlich ergeben sich bei der Liquidation eines so gewaltigen Kampfes Einzelfragen, die die diplomatische Aufmerksamkeit beider Teile in hohem Maße in Anspruch nehmen. Ich erwähne die Lösung der Norddubruttska-Frage, die Regulierung der Maritschagrenze und den Kaukasus. Aber nirgends besteht ein ernsthafter Interessengegensatz zwischen uns und der Türkei, vielmehr ist die gegenseitige herzliche Freundschaft eine Bürgschaft dafür, daß alle diese Fragen eine befriedigende Regelung finden werden.

Die Vorgänge in Rußland

verdienen gespannteste Aufmerksamkeit. Durch innere Gährungsstoffe sind revolutionäre Erscheinungen eingetreten, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht da waren. In Finnland ist der Kampf um die Selbstständigkeit des Landes beendet. Die Roten Garden sind entsetzt worden und wir stehen im Begriff, Staatsverträge mit der neuen finnischen Regierung abzuschließen. Aurland und Litauen sind bereits aus dem russischen Reich ausgeschieden und werden sich dem baltischen Staatsverbande anschließen.

Was Polen betrifft, so wird seine zukünftige Gestaltung hauptsächlich mit Oesterreich-Ungarn sich vollziehen.

Dänemark, Holland und die Schweiz haben alle den festen Willen, an ihrer

unbedingten Neutralität

festzuhalten. Sie unterstützen uns in jeder Weise, die Leiden der Kriegsgefangenen zu mildern. Auch in Spanien stellen sich König und Regierung in den Dienst der Humanität. In Südamerika haben sich einige kleinere Staaten unter dem Druck der Union unseren Feinden angeschlossen. Die Beziehungen zu den anderen Staaten sind zurzeit rein militärischer Natur. Jemandem Augenblick ins Auge zu fassen, an welchem man sagen könnte, dieser

Krieg muß zu Ende

gehen, ist unmöglich. Unsere Gegner dichten uns fortwährend Welt herrschaftspläne an. In Deutschland hegt kein vernünftiger Mensch, am wenigsten der Kaiser, auch nur einen Augenblick solche aussichtslosen Herrscherpläne. Wir hatten von Anfang an nur ein Interesse daran, die Verhältnisse im Orient in Ordnung zu bringen. Wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk die Möglichkeit haben, uns frei zu entfalten, sowohl auf der See als auch in anderen Weltteilen. (Beifall.) Die Unverschrtheit des Deutschen Reiches ist die Vorbedingung jedes Friedens. Leider ist bei unseren Gegnern trotz der großen Erfolge der deutschen Waffen im Westen

noch immer kein wirklicher Friedenswunsch zu erkennen. Auch die letzten Reden der englischen und französischen Staatsmänner predigen die Fortsetzung des Krieges. Man spricht von einer Friedensoffensive Deutschlands, vor der man sich hüten müsse. Ich hoffe, daß die Feinde schließlich einsehen werden, daß der Gedanke an einen Endstieß über Deutschland eine Illusion ist. (Beifall.)

Im Verlaufe der Aussprache beteiligten sich zunächst die Abgg. Gröber (Zentr.) und David (Soz.). Ersterer hoffte, daß wir ein zufriedenes Polen schaffen und uns in die

inneren Angelegenheiten Finnlands nicht einmischen. Für uns war ausschlaggebend, daß wir

an der Ofsce einen endgültigen Friedenszustand

schaffen wollten. Der Rest der deutschen Truppen an dieser Stelle wird auch so lange bleiben müssen, bis jede Gefahr für die Unabhängigkeit Finnlands beseitigt ist. In der Ukraine ist man herzlich froh, daß die deutschen Truppen einmarschiert sind. Freilich sind die Hoffnungen, die man auf den Bezug von Getreide gehabt hat, nicht erfüllt worden. Das wird aber anders werden. Man muß nur lernen, mit den Bauern umzugehen und nicht glauben, daß man mit Gewalt alles machen könne. Deutschland und seine Verbündeten sind kein Hindernis für den allgemeinen Frieden. Deutschland will Sicherungen seines territorialen Bestandes, Sicherungen gegen eine Wiederholung solcher Angriffe, wie wir sie erlebt haben, die Freiheit der Meere und die Freiheit der Entwicklung. — Abg. David (Soz.) verwahrt sich gleichfalls gegen die innere Einmischung in Finnland und Litauen und erklärte die sächsische Thronkandidatur für ein Lustgebilde und bezeichnete die Worte des Staatssekretärs als ein neues Bekenntnis zu der vom Reichstag gefassten Friedensresolution, welche auch für Belgien gelte. Er dankte weiter unseren Truppen für ihren Heldenmut und ihre Opfer. In Preußen müsse endlich die staatsbürgerliche Gleichberechtigung durchgeführt werden.

Abg. Graf Westarp (kons.): Auch wir sind von dem Wunsche befeelt, daß zwischen dem neuen polnischen Reich, wie es nun auch aussehen mag, und uns gute nachbarliche Beziehungen sich entwickeln mögen. Im Osten besteht ein ununterbrochenes Ringen um die Macht in unsern Grenzmarken. Es gilt die Stellung des Deutschtums fest und neu zu sichern. Den Klagen über die Vorgänge in Litauen können wir uns nicht anschließen, auch nicht den Angriffen auf die Oberste Heeresleitung. Ich kann auch der Forderung nicht zustimmen, daß die Litauer eine eigene Verwaltung und Regierung bekommen. Eine eigene Dynastie in Litauen halte ich nicht für richtig. Es muß ein engerer Anschluß gesucht werden.

In der Ukraine soll eine Politik des Junkertums getrieben werden. Nun der Generalfeldmarschall v. Eichhorn stammt aus Frankfurt a. M. und ist geadelt worden. General Gröner stammt aus Württemberg und der Botschafter v. Mumm gehört auch nicht zum Junkertum. Die Ukrainer hat sich als unfähig erwiesen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wir werden uns selbst helfen müssen. Wir wünschen der Hetmanregierung allen Erfolg.

Auch der Staatssekretär hat nicht gesagt, wie er sein Ziel ausführen will. Wir müssen aber fordern, daß die Regierung bezüglich der Einzelorderungen ihrerseits ein festes Programm und den festen Entschluß hat, dieses Programm durchzuführen. Wir scheitern es Aufgabe des Staatsmannes zu sein, den Eindruck hervorzurufen, daß die Regierung ein Programm hat und entschlossen ist, dieses Programm durchzuführen. Gerade in dieser Beziehung erregen die Ausführungen des Staatssekretärs große Besorgnis bei meinen Freunden. (Sehr richtig!) Erstaunlich erscheint uns, was er über die Ursachen und die Schuld des Krieges gesagt hat. (Sehr richtig! rechts.) Er hat Rußland als den Brandstifter bezeichnet. Mit diesen Ausführungen hat der Staatssekretär ein Streisbeil hervorgeholt, das eigentlich schon begraben war. Wir haben uns stillschweigend geeinigt, über diese Dinge nicht mehr zu sprechen. Der Staatssekretär hat die Ziele, die er erreichen muß, nicht richtig gezeichnet. Auch der Weg zum Frieden ist nicht richtig gezeichnet.

Der Appell an den guten Willen Englands nützt garnichts. (Sehr richtig!) Die Aufforderung, dem Gegner den guten Glauben nicht abzusprechen, nützt auch nichts. Es ist eine Binsenwahrheit, daß zu einem Friedensschluß Verhandlungen notwendig sind, die Waffen allein bringen den Frieden nicht. Die Voraussetzung aber ist, daß unsere Feinde die Verhandlungen wollen. Sie müssen dazu gezwungen werden. Ich kann mir nicht denken, daß der Staatssekretär hat sagen wollen, nur Verhandlungen und nicht militärische Entscheidungen würden den Frieden bringen. (Rufe rechts: Hat er gesagt.) Es würde das auf unsere Truppen eine schwere Rückwirkung ausüben und würde sich in Gegensatz setzen zu Rundgebungen anderer Art, die darauf hingewiesen haben, daß nur der volle Sieg der Waffen zum Ziele führt. Wir vertrauen darauf, daß unser Feldherr den richtigen Weg zeigen wird. Dieser Sieg muß erkochten werden und wird erkochten werden, sonst kommen wir nicht zum Frieden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Berlin, 25. Juni.

Reichskanzler Graf v. Hertling

erklärte beim Beginn der heutigen Sitzung des Reichstags, er habe ursprünglich nicht das Wort nehmen wollen. Die Erfahrungen lehren ja, daß das Reden zwecklos sei. Seine grundsätzliche Zustimmung zu Wilson habe er seinerzeit erklärt, und weitere Auslassungen hätten keinen Zweck. Die Kundgebungen gerade aus Amerika zeigten ja, daß der Völkerbund, den man plane, nur Deutschland wirtschaftlich isolieren solle. (Lebhafte Zustimmung.) Der Staatssekretär v. Kühlmann habe in seinem Auftrage über die Ostfragen Mitteilungen gemacht, und er habe sich dieser Aufgabe ja auch mit Sachkenntnis entledigt. Seine weiteren Ausführungen hätten zu seinem lebhaften Bedauern unliebsame Aufnahme gefunden. (Sehr richtig!) Die Schuldfrage am Kriege könne man getrost der Geschichte überlassen. Es stehe fest, daß Deutschland die Schuld nicht trage. Der übrige Teil der Ausführungen Kühlmanns begegnete einem Mißverständnis. Die Tendenz dieser Ausführungen sei lediglich, die Verantwortung für die Fortsetzung und unabsehbare Verlängerung des entsetzlichen Krieges den feindlichen Mächten zuzuschreiben, wie er selbst es getan habe. Von einer Lösung unseres energischen Willens und unserer unerschütterlichen Siegeszuversicht könne selbstverständlich nicht die Rede sein. (Lebhaftes Bravo.) Die verbündeten Fürsten und ihre Völker ständen einträchtig zusammen in diesem Kampfe, in festem Vertrauen auf unsere unvergleichlichen Truppen (lebhaftes Zustimmung) und auf das einträchtige Zusammenstehen des Volkes, das bisher eine bewundernswerte Haltung bewiesen habe. (Erneute Zustimmung.) Er hoffe, daß Gott, der uns bisher von Sieg zu Sieg geführt habe, uns dafür auch belohnen werde. (Stürmische Zustimmung.)

Darauf nahm

Staatssekretär v. Kühlmann

das Wort, um durch Verlesung seiner gestrigen Ausführungen und der Erwiderung des Grafen Westarp festzustellen, daß niemand die Berechtigung habe, aus seinen Worten herauszulesen, als habe er an der Siegeszuversicht irgendwie gezweifelt. Er habe auch nicht an den guten Willen unserer Feinde appelliert, das zeige der klare Wortlaut seiner Rede, an dessen Sinn, wie er auf Zwischenrufe von rechts her bemerkte, nichts geändert sei. Der Sieg auf dem Schlachtfeld sei die Voraussetzung für eine diplomatische Aktion. Die diplomatische Aktion selbst sei das Sekundäre. Er habe in seiner gestrigen Rede feststellen wollen, daß die Erörterungen von Parlament zu Parlament, von Tribüne zu Tribüne unter den heutigen Voraussetzungen zu keinem Ziele mehr führten, sondern daß unter diesen Umständen nichts weiter übrig bleibe, nachdem die militärischen Voraussetzungen vorlägen, als die diplomatische Fühlungnahme. Diese diplomatische Fühlungnahme werde aber sofort verrammelt, wenn man den Fühlungsuchenden von vornherein malefides unterstelle. Dadurch würde der Weg vollkommen verrammelt, und das sei bis jetzt von unseren Feinden geschehen. Der Abgeordnete Graf Westarp habe auch gestern selbst erklärt, er könne sich nicht denken, daß der Staatssekretär an unseren Sieg nicht glaube. Das könne er voll unterschreiben. Die militärischen Siege lägen vor uns, und er hoffe und die Feinde fürchteten es, daß sich weitere Siege daran reihen würden. Aber er habe den Gegnern gestern zu Gemüte führen wollen, daß es vielleicht für sie richtiger wäre, nachdenklich zu werden. Auf die unvergleichliche Tapferkeit unserer Truppen und auf den festen Willen unseres Volkes vertraue er ebenso wie jeder andere.

Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann wurden ebenso wie die des Reichskanzlers von lebhaftem Beifall des Zentrums und der gesamten Linken begleitet.

Darauf erhielt das Wort der Abgeordnete Dr. Raumann.

Abg. Raumann (Fortshr. Bp.): Die deutsche Sache liegt so günstig wie noch nie zuvor. Deshalb können wir uns ruhig über die Lage aussprechen. Ich habe

keine Sorge, daß in unserem Heere das Vertrauen erschüttert werden kann.

Der fortschrittliche Redner setzte sich unter lebhaftem Beifall der großen Mehrheit des Hauses für eine Verständigung ein.

Im Gegensatz zu Raumann stellte sich Dr. Stresemann an die Seite des Grafen Westarp und behauptete, daß die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann niederdrückend und lähmend gewirkt habe und daß unser Volk der Aufmunterung bedürfe. Unter Verkennung der Psychologie des deutschen Volkes verlange er von unseren Staatsmännern, daß sie ähnlich aufpeitschend wirken möchten wie Lloyd George.

Es sprachen weiter die Abgg. Gröber (Zentr.), Haase (Unabh. Soz.) und Werner (Deutsche Frkt.). Haases Ausführungen wären darauf berechnet, dem Staatssekretär v. Kühlmann und dem Reichskanzler Graf Hertling ihre Stellung unmöglich zu machen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch festgesetzt.

Die Stellung Kühlmanns.

Berlin, 25. Juni. Die konservativen und mehr oder weniger altdeutsch gerichteten Blätter lassen durch den Ton, den mehrere von ihnen gegen die gestrige Rede des Staatssekretärs von Kühlmann anschlugen, erkennen, daß sie infolge dieser Rede einen Konflikt als unmittelbar bevorstehend annehmen und noch mehr als vorher auf die Befestigung des von ihnen von Anfang an bekämpften Staatssekretärs von Kühlmann rechnen.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 26. Juni. Von Donnerstag bis Mittwoch nächster Woche sollen die Vollsitzungen ausfallen um den Kom-

missionen Zeit zur Erledigung der in Vorbereitung befindlichen Gesetz, namentlich der Steuergesetze, zu geben. Von Donnerstag nächster Woche ab soll dann der Etat in dritter Lesung, der Friedensvertrag mit Rumänien und die Steuergesetze beraten werden. Man hofft, bis zum 12. Juli mit dem Arbeitsstoff fertig sein zu können.

Eine Zentrums-Arbeiter-Kundgebung.

Bodum, 24. Juni. Starke politischen Wellenschlag wird eine Kundgebung hervorrufen, die gestern von den Arbeiterwählern des Zentrums aus ganz Westdeutschland hier veranstaltet wurde, um zu den innerpolitischen Ereignissen der jüngsten Zeit und zu den Zuständen in der Zentrumsparlei Stellung zu nehmen.

Arbeitersekretär Klost (Essen) betonte in seinem Vortrage „über unsere Stellung zur Zentrumsparlei“ die zunehmende Verdrossenheit der Arbeiterwähler in der Zentrumsparlei, die durch die Haltung eines Teiles der Zentrumsabgeordneten bei der Wahlrechtsberatung derart gesteigert sei, daß sie keinen weiteren Druck mehr vertrage. In wichtigen Fragen habe das Zentrum seine zielklare Führung vermissen lassen. Die industriell-gewerblichen Interessen des Westens würden zugunsten des ostelbischen Agrarierturns und der süddeutschen Wünsche vernachlässigt. In der Frage der Brotpreiserhöhung habe das Zentrum versagt. Dadurch werde dem Volke eine neue Mehrbelastung von einer Milliarde aufgebürdet. Es scheine fast, als ob man für die Zukunft nur noch Wert auf die bäuerlichen Stimmen lege. Eine Partei, die auf die westdeutsche Arbeiterschaft verzichte, werde dadurch jedes Einflusses auf die Kulturentwicklung beraubt. Die Arbeiterschaft müsse unbedingt an der Forderung des gleichen Wahlrechts festhalten; sie bedauere lebhaft den Artikel Giesberts im „Tag“ (die davon abwich). Man verlange die zielklare Einstellung der Partei auf die großen Fragen der Gegenwart. Eine Reform an Haupt und Gliedern sei notwendig. Daß die Fraktionen die Spitze der Partei bilden, sei ungesund und ungerecht, weil dadurch der wichtige industrielle Westen zu kurz komme. An die Spitze müsse ein aktionsfähiger Reichsausschuss unter Führung eines aktionsfähigen Parteivorstandes gestellt werden. Organisation und Presse seien auszubauen. Den Vorwurf des Radikalismus wies Klost von vornherein zurück. Es komme den Arbeitern nicht in den Sinn, die bestehenden Schwierigkeiten zu einem Riß zu erweitern, sondern darauf, daß die Partei auf ihre alten Bahnen zurückgeführt werde. Die Prophezeiungen der Sozialdemokratie von einer bevorstehenden Spaltung im Zentrumslager würden nicht in Erfüllung gehen.

In der Erörterung des Vortrages stellte Landtagsabgeordneter Vogelgang fest, daß das Zentrum mit der Zeit nicht fortgeschritten sei. Es sei schlimm genug, daß ein Landtagsabgeordneter diesen Vorwurf gegen das Reichszentrum erheben könne.

Zahlreiche andere Redner, darunter der Abgeordnete Bruff, äußerten sich in ähnlichem Sinne. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der es heißt:

„Wir beklagen lebhaft, daß die Zentrumsparlei eine vierzigjährige Tradition, die bis dahin keinen Widerspruch aus den Reihen der Parteiangehörigen erfuhr, dadurch (nämlich durch die Spaltung in der Wahlrechtsfrage) verlassen hat. Wir fordern hiermit erneut die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen und lehnen jedes Mehrstimmenrecht ab. Denjenigen Abgeordneten, die in der für uns so wichtigen politischen Frage, nämlich im Ausbau der Rechte der Arbeiter als Staatsbürger versagt haben, sind die katholischen Arbeiter nicht mehr in der Lage, ihre Stimme zu geben.“ Weiter wird gesagt, daß die Arbeiter dem Zentrum die Treue halten werden, man verlange aber, daß die gerechten Forderungen der Arbeiter auf sozialem und staatsbürgerlichem Gebiete innerhalb der Partei zur Geltung kommen.

Zum Schluß wurde angedeutet, daß man die heute eingeleitete Bewegung nachdrücklich über die Grenzen Westdeutschlands hinausragen werde. Die Kundgebung hinterließ den Eindruck starken und einmütigen Willens.

Die Verträge mit Finland. Austausch der Ratifikationsurkunden.

Berlin, 25. Juni. (W. B.) Heute wurden im auswärtigen Amte die Ratifikationsurkunden zu den am 7. März zwischen Deutschland und Finland abgeschlossenen Verträgen, nämlich der Friedensvertrag und das Handels- und Schiffsabkommen ausgetauscht.

Rußland.

Ein bolschewistischer Minister ermordet.

Saag, 25. Juni. Aus Moskau wird gemeldet: Der bolschewistische Minister für Presse-Angelegenheiten Wolodarsky ist in Petersburg auf der Straße getötet worden.

Die Tschecho-Slowaken in Jekaterinburg.

Moskau, 25. Juni. (W. B.) Nach einer Meldung der Presse sollen die tschecho-slowakischen Truppen in Jekaterinburg eingedrungen sein. In der Stadt sollen schwere Kämpfe entbrannt sein.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 26. Juni. Kurltheater. Brieux, dessen Namen durch sein packendes Schauspiel „Die rote Robe“ bekannt wurde, ist der Verfasser des Aufklärungstüdes „Die Schiffbrüchigen“, das am nächsten Freitag hier zur Auführung gelangt. Das Stück verfolgt eine bestimmte Tendenz und will seine warnende Stimme laut ertönen lassen, um auch in weitere Kreise eine Aufklärung zu tragen,

die gerade in den jetzigen Zeiten leider immer dringender notwendig wird. Das Schauspiel ist nicht für Kinder geschrieben, sondern redet zu Erwachsenen in einer ersten Sprache; dabei ist die Handlung von großer dramatischer Wirkung. Der Dichter gibt seinem Werke selbst folgendes Geleitwort mit: Das Stück enthält weder eine Skandalgeschichte, noch ein widerliches Schauspiel, noch ein obscönes Wort, jeder kann es hören, auch die Frauen, wenn man nicht der Meinung ist, die Frauen müßten dumm und unwissend bleiben, um tugendhaft zu sein. — Jugendlichen unter 17 Jahren ist der Eintritt verboten. Der Vorverkauf ist bei Frau Bwe. Kreiner, Hauptstraße.

* Der tanzfrohen Muse war der gestrige „Sunte Abend“ des Kurltheaters gewidmet. Auf dem übrigens selten einheitlichen Programm standen nämlich außer drei Kunsttänzen der jungen Geschwister Anna und Mina Rend neben einigen Liedern nicht weniger als vier Gesangsnummern im Tanzrhythmus, welche die Frankfurter Koloraturfängerin Fräulein Augusta Herzheim ausgewählt hatte. Der Sängerin ist ein hervorragendes Vortragstalent eigen, das verbunden mit einer wohlgebildeten und voll beherrschten Koloratur über manche unausgeglichenheit in Mittelage und Tiefe und über manche wenig angenehme Schärfe im getragenen Gesang hinweghalf und die zahlreiche Zuhörerschaft zum Beifall veranlaßte. Wenn es der Sängerin gelingen wollte, ihrer Mittelage einen natürlicheren Klang zu geben und namentlich den gepreßten Vokal a freier zu behandeln, dürfte der Genuß an ihren an sich äußerst beachtlichen Darbietungen ein reinerer werden.

Bilder voll Schönheit und Anmut rollten die Geschwister Rend vor unseren Augen auf. Besonders die Solotänze Anna Rend zeugten nicht nur von einer seltenen Begabung und gediegenen Durchbildung der jungen Künstlerin, sondern vor allem von einer Berinnerlichkeit ihrer hochgestellten Aufgaben, wie man sie selten, und bei so großer Jugend kaum wieder antrefft. Das bewundernswerte Reinteknis tratedem auch völlig zurück und kannte die Zuschauer völlig unter den Eindruck des Bewegungsbildes. Dies galt besonders von Mendelssohns „Frühlingslied.“ In zwei Kunsttänzen, die dem älteren Balletstil näherstanden, durfte man sich des Zusammenwirkens und des künstlerischen Ineinanderaufgehens der Geschwister erfreuen. Reicher Beifall lohnte beide, deren liebliche Kunst den Wunsch weckte, ihnen bald wieder hier zu begegnen. Am Randier wirkte anstelle des verhinderten Herrn Kapellmeister Neumann ein ungenannter Herr mit Umsicht und feiner Anpassung. S. Q.

* Wie die Frankfurter „Volksstimme“ hört, wird der seither die Landratsgeschäfte des Oberaunustkreises seit zwei Jahren kommissarisch führende Landrat a. D. v. Brünning Ende dieses Monats zurücktreten, und der Landrat Dr. von Marx die Verwaltung wieder übernehmen. Herr von Marx nahm während seiner zweijährigen Einberufung an den Kämpfen im Osten und zuletzt im Westen teil.

* Johannisschnee im Taunus. Nicht nur im Harz, sondern auch im Hochtaunus ist am letzten Sonntag, dem ersten Sommerjontag 1918, Schnee gefallen. Wie vom Feldberg gemeldet wird, setzte der erste Schneefall bei stürmischem Nordost, der den Aufenthalt auf der Kuppe nahezu unmöglich machte, mittags um 12 Uhr ein. Die Flocken fielen so dicht und schwer, daß in wenigen Minuten das Gebirge bis auf 600 Meter herunter fast wie eine echte Winterlandschaft ausjah. Allerdings schmolz der Schnee ebenso geschwinde wie er gekommen war. Dann setzte zwischen 3 und 4 Uhr bei 5—6 Grad Wärme der zweite Schneefall mit gleicher Stärke ein und hielt etwa 20—25 Minuten an. Nach kurzer Zeit waren auch seine Spuren verschwunden. — Ein Schneefall im Rosenmonat und am Sonntagabend gehört in unserer Gegend zu den allergrößten Seltenheiten und ist, soweit wir unterrichtet sind, bisher kaum schon einmal vorgekommen.

* Zur Warnung für Vätermänner. In Dohheim ließ jüngst eine Frau, als ihr beim Lebensmittelamt nicht alles nach Wunsch ging, die Bemerkung fallen, sie wisse ganz genau, daß ein Mitglied der Lebensmittelkommission Herr Schuller, sich ein Schwein heimlich habe schlachten lassen. Darüber unter Vorlage gestellt, wurde ihr eine Geldstrafe von 75 M. und Urteilspublikation auferlegt. Im Urteil wurde ausgeführt, derartigen Schwächeren müßte in der Jetztzeit ganz energisch entgegengetreten werden, da sie, selbst wenn sie wahr wären, mit einem Schlage die vielleicht mangelhafte Belieferung einer Gemeinde auch nicht ändern könnten.

* Falkenstein, 26. Juni. Dem berühmten Leipziger Augenarzt Stabsarzt Dr. Hinkel, Sohn des verstorbenen Direktors Ph. Hinkel dahier, wurde für seine hervorragende Auserkrodenheit und Geistesgegenwart in den schweren Kämpfen im Westen das Eisene Kreuz erster Klasse verliehen.

Bom Feldberg, 23. Juni. Die Sonnwendfeier wurde durch das ungünstige Wetter empfindlich beeinträchtigt. Ein schwerer Sturm, den wiederholt gewitterartiger Regen begleitete, machte den Aufenthalt auf dem Feldberggipfel nahezu zur Unmöglichkeit. Trotzdem gelang es mit großer Mühe da: Sonnwendfeuer abzubrennen. Pfarrer Karl Beidt-Frankfurt hielt die Feuerrede. Der Verkehr war heute infolge des ungünstigen Wetters im Hochtaunus nur sehr mäßig.

* Kellheim, 25. Juni. Von bis jetzt leider unermittelten Spitzbuben wurde der Schreinermeister Jakob Kleines geschädigt. Es wurden ihm nachts zwei Ziegen, ein Hase und vier Hühner gestohlen. Auch vier im Hühnerhaus gelegene Eier hießen die Täter mitgehen. Nach vorgefundenen Ueberresten, ist anzunehmen, daß die Ziegen im Felde abgeschlachtet wurden.

* Eppstein, 26. Juni. Zum Besten der Ludendorff-Spende wird Sonntag, 30. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr in der evangel. Kirche ein Kirchenkonzert veranstaltet. So